

Institut für Weltwirtschaft
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel

Kieler Arbeitspapier Nr. 1150

**Deutschland in der Krise -
Wie wird die Starre aufgelöst?**

**von
Horst Siebert**

März 2003

Für den Inhalt der Kieler Arbeitspapiere sind die jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortlich, nicht das Institut. Da es sich um Manuskripte in einer vorläufigen Fassung handelt, wird gebeten, sich mit Anregungen und Kritik direkt an die Autorinnen und Autoren zu wenden und etwaige Zitate mit ihnen abzustimmen.

Deutschland in der Krise - Wie wird die Starre aufgelöst? *

Zusammenfassung: Der Beitrag geht der Frage nach, welche Veränderungen in Deutschland erforderlich sind, um die derzeit gravierenden Zielverfehlungen zu vermeiden. Er beschäftigt sich auch mit der Frage, ob die Reformen durch einen Big Bang oder eine Vielzahl kleiner Schritte möglich sind.

Abstract: The paper reviews the necessary reforms of Germany and also addresses the question whether the reforms need a big bang or whether they can be accomplished by a piece meal approach.

JEL Klassifikation: A1, H0

Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Siebert
Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel
Telefon: 0431 - 8814-236
Telefax: 0431 - 8814-501
E-mail: hsiebert@ifw.uni-kiel.de

*Gesprächsreihe der Bertelsmann-Stiftung, Heinz Nixdorf-Stiftung und Ludwig Erhard-Stiftung, 21. Februar 2003 in Hamburg.

Deutschland in der Krise - Wie wird die Starre aufgelöst?*

1. Mein Thema ist nicht die Konjunktur, die derzeit auf der Kippe steht. Schon eher ist mein Thema der Verlust an Vertrauen und der Mangel an Zuversicht, und wie dieses Vertrauen wieder zu gewinnen ist, über die Konjunktur hinaus. Mein Thema lautet: Wie kommt Deutschland aus der Krise? Wie werden wir mit den strukturellen Fragen fertig? Wie wird die Starre aufgelöst?

2. Die Zielverfehlungen liegen auf der Hand. Es sind deren drei:

Erstens eine ausgeprägte Wachstumsschwäche — mit einer Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr von nur noch 1,6 Prozent seit 1995, zwei Prozentpunkte niedriger als in den USA, seit 1994 unter dem europäischen Durchschnitt, seit 1998 mit Italien das Schlusslicht in der EU.

Zweitens eine verfestigte hohe Arbeitslosigkeit — 4,2 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt 2003, hinzu kommen 1,7 Millionen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, also insgesamt 6 Millionen. Die Arbeitslosigkeit baut sich schubweise auf, in jeder der drei Rezessionen in den siebziger, achtziger und neunziger Jahren steigt sie in Westdeutschland um etwa eine Million an, geht aber in den guten Jahren nicht nennenswert zurück. Das System steuert falsch. Wir haben heute in Westdeutschland 2,8 Millionen Arbeitslose und noch einmal etwa

1 Million in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Wenn ich Sie frage, wie viel waren es 1970, es waren 1970 150 000, fast so wenige wie die Bundesanstalt für Arbeit heute Mitarbeiter hat.¹

Drittens nicht mehr finanzierbare Sozialsysteme, die zur Zeit nur noch durch Notoperationen in Gang gehalten werden. — Hinzu kommt, dass in der Finanzpolitik die Lage der öffentlichen Haushalte aus dem Ruder läuft.

3. Die Zielverfehlungen treten in einer Situation auf, in der die deutsche Vereinigung bedeutende Belastungen mit sich bringt, die teilweise auch zum Ursachenkomplex, etwa der Lage in der Sozialversicherung, hinzugehören. Und die Zielverfehlungen kommen in einer Situation, in der das Altern der Bevölkerung beginnt. Und in der es noch schwerer sein wird, die soziale Sicherung zu finanzieren und wirtschaftliche Dynamik zu entfalten.

4. Was ist zu tun? Es geht um Arbeitslosigkeit, soziale Sicherung und Wirtschaftsdynamik.

Bei der Arbeitslosigkeit sind drei Ansatzpunkte zu verfolgen:

Punkt 1 bei der Arbeitslosigkeit: Alles unternehmen, was die Nachfrage der drei Millionen Unternehmen nach Arbeitskräften stärkt, insbesondere den Grenzabgabensatz für Arbeit senken; denn die hohe

¹ Es sind etwa 90 000. Der Vergleich ist also nicht ganz fair.

Grenzabgabenbelastung (Steuer plus Beiträge) wirkt wie eine Steuer auf den Faktor Arbeit. Der Grenzabgabensatz liegt für den verheirateten Durchschnittsverdiener bei 58 Prozent, für den Alleinverdiener bei 67 Prozent. Dies aber heißt: Reform der Sozialsicherung ist unabdingbar.

Punkt 2 bei der Arbeitslosigkeit: Der Anspruchslohn im Niedriglohnbereich ist an die Realitäten anzupassen, also derjenige Lohn, den ein Arbeitsloser von seinem nächsten Arbeitsplatz erwartet. Die Erwartungen oder die Ansprüche müssen realistisch eingestellt werden. Der Anspruchslohn wird von der Ausgestaltung von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe bestimmt; er beeinflusst das Suchverhalten nach einen neuen Arbeitsplatz und die Bereitschaft, einen Arbeitsplatz anzunehmen. Hinzu kommt, dass die Sozialhilfe den unteren Eckpunkt der Lohnstruktur darstellt und damit eine Art Mindestlohn in den Tarifverträgen festlegt. Mit einem hohen Anspruchslohn trocknet das untere Segment des Arbeitsmarktes aus. Deshalb sind Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe neu zu gestalten:

- Das Arbeitslosengeld wieder auf zwölf Monate befristen
- Arbeitslosenhilfe in die Sozialhilfe integrieren
- Die Sozialhilfe für diejenigen, die arbeitsfähig sind, neu fassen. Es geht um Lohnabstand, derzeit nur 30 vH zum Nettoeinkommen, das auf dem Markt in der untersten Lohngruppe in der Industrie zu verdienen ist, und es geht um die Verbleibsrate, wenn zusätzliches Einkommen auf dem Markt verdient wird.

Um den Anreiz zu erhöhen, aus der Sozialhilfe auf den ersten Arbeitsmarkt zu wechseln, sollte der Regelsatz für arbeitsfähige Bezieher von Sozialhilfe abgesenkt werden – im Gegenzug werden diesen Leistungsbeziehern größere Anteile des am Markt verdienten Arbeitseinkommens als bisher belassen. Dabei geht es nicht um eine generelle Lohnsubvention im Niedriglohnbereich, sondern um die Gestaltung des Übergangsbereichs aus der Sozialhilfe in den ersten Arbeitsmarkt.²

Punkt 3 bei der Arbeitslosigkeit: Wir brauchen mehr Flexibilität bei der Lohnfindung. Die Starrheiten am Arbeitsmarkt, eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit, sind aufzulösen. Die rechtlichen Regelungen schützen den Kollektivvertrag und die Beschäftigten, aber unser Regelwerk diskriminiert die Arbeitslosen. Wir haben keinen Mechanismus gefunden, durch den die Interessen der Arbeitslosen bei den Tarifverhandlungen berücksichtigt werden.

Hier gilt es durch gesetzliche Änderungen eine größere Entgeltflexibilität zu erreichen, so durch eine Änderung des Günstigkeitsprinzips. Beim Günstigkeitsprinzip ist die Arbeitsplatzsicherheit explizit zu berücksichtigen. Genau so müsste es explizit im Gesetz formuliert werden. Die weitergehende Forderung lautet: Jeder Arbeitnehmer darf selbst entscheiden, ob er vom Kollektivvertrag abweichen will, wenn es für ihn

² Der Vorschlag des Sachverständigenrates zielt auf die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger und auf diejenigen bisherigen Empfänger von Arbeitslosenhilfe ab, die nach der neuen, vom Sachverständigenrat vorgeschlagenen Regelung Sozialhilfe empfangen. Es geht um 1,4 Millionen. Dagegen ist der Ifo-Vorschlag weiter gefasst; von ihm sind um über 4,5 Millionen.

günstiger ist. Arbeitslosen wird explizit das Recht eingeräumt, unter Tarif in den Arbeitsmarkt einsteigen zu dürfen. Betriebsvereinbarungen müssen zulässig werden, auch wenn sie nicht im Kollektivvertrag vorgesehen sind. Betriebe müssen vom Kollektivvertrag abweichen dürfen, wenn eine hinreichende Mehrheit dafür besteht.

5. Bei der Sozialversicherung, dem anderen großen Problembereich, ist es zwingend, diese Systeme wieder finanzierbar zu machen, vor allem angesichts einer alternden Bevölkerung. Es ist eine intertemporale Finanzierungsrestriktion explizit einzuführen, mit Verfassungsrang. Die Ausgabenströme dürfen in einem Zeitraum von 30 oder 40 Jahren die Einnahmen nicht übersteigen. Eine solche Restriktion löst allerdings allein das Problem noch nicht. Zur Umsetzung muss etwa die Rentenformel auf objektive Gegebenheiten der alternden Bevölkerung bezogen sein, also auf die Demographie. Dagegen enthält die Riester-Formel außer der Lohnsteigerung nur politisch bestimmte Variable.³

Die Leistungen der sozialen Absicherung sind neu zu bestimmen. Eine wesentliche Orientierung dabei sollte sein: Was sind große Risiken, die der einzelne nicht selbst tragen kann und die ihm die Gesellschaft abnehmen muss? Beispielsweise kein Einkommen erzielen zu können im Fall einer längeren Krankheit. Und was sind kleinere Risiken, die er selbst schultern kann? Beispielsweise kein Einkommen zu haben in den ersten drei oder fünf Tagen der Krankheit oder der Arbeitslosigkeit. Dagegen

³ Bei der Krankenversicherung sind portable Alterungsrückstellungen notwendig.

kann man sich durch eigene Ersparnisse absichern. Wir müssen einen gesellschaftlichen Konsens darüber erarbeiten, was in den einzelnen Sozialsystemen große und kleine Risiken sind. Dabei wird man nicht daran vorbeikommen, dass die Individuen verstärkt Risiken übernehmen.⁴

6. Während auf die Frage, wie die Sozialsysteme nachhaltig tragfähig gemacht werden können, noch keine politische Antwort gefunden ist und Kommissionen nach Lösungen auf die Suche geschickt werden, steht eine andere Frage in Deutschland verblüffenderweise überhaupt nicht auf der Tagesordnung: Wie kann man das wirtschaftliche Fundament verbessern, das den sozialpolitischen Überbau tragen muss? Und: Ist die wirtschaftliche Basis des Landes für die Zukunft überhaupt stark genug?

Man kann es auch anders formulieren: Die Reform der Sozialversicherung und des Arbeitsmarktes beseitigt Hemmnisse, und dies trägt sicherlich auch zu einer höheren Wachstumsrate bei. Aber so ganz sieht man nicht, dass durch die Beseitigung dieser Hemmnisse allein schon die große Dynamik ausbricht.

7. Eine Leitfrage muss daher sein, wo die Impulse für mehr wirtschaftliche Dynamik her kommen können. Zentrale Bedeutung gebührt dabei den Unternehmen. Mehr Dynamik wird man nicht gegen die Unternehmer

⁴ Zu den Fragen im Detail vgl. H. Siebert (2003). Reform-Notwendigkeiten der Alters- und Gesundheitsvorsorge. Zwölf Thesen. Februar , Essay auf der Homepage.

zuwege bringen. Sie müssen die Arbeitsplätze schaffen, sie müssen die Investitionen tätigen und die Innovationen durchführen. Die Politik muss sich deshalb stärker als bisher fragen, wie ihre Maßnahmen auf die Unternehmer wirken, anstatt sich daran zu orientieren, ob die Gewerkschaften zustimmen.

8. Zentrale Bedeutung gebührt aber auch dem Humankapital und damit der Ausbildung. Hier muss man sich bei Schule und Hochschule von alten Vorstellungen verabschieden. Es geht weniger um mehr Geld, es geht beispielsweise darum, unser Hochschulsystem, das von der Politik administrativ-planwirtschaftlich mit Sollziffern, Normgrößen und entlang der gegebenen Struktur aus der Vergangenheit gelenkt wird, konsequent nach dem Wettbewerbsprinzip zu organisieren. Eine solche grundlegende Umorientierung im Wissenschaftsbereich ist wohl die gravierendste Veränderung, die die deutsche Politik vorzunehmen hat.

9. In einem Programm für mehr Wachstum gibt es weitere Punkte: Beim Staat gilt es angesichts einer Staatsquote von 48,6 Prozent, die Staatsaufgaben zu überdenken und die Ausgaben zurückzuführen. Dabei hat der Abbau der Subventionen erste Priorität; sie machen nach einer zugegeben breiten Abgrenzung des Instituts für Weltwirtschaft 7,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts aus. Hier lässt sich das langfristige Ziel der Konsolidierung mit der Beseitigung der kurzfristigen Finanzierungsnot produktiv verknüpfen.

Das Ziel muss ferner sein, die auch nach der Steuerreform im internationalen Vergleich noch immer zu hohen Unternehmenssteuern und Einkommenssteuern weiter zu verringern. Beim Halbeinkünfteverfahren, das mit der zugrunde liegenden Unterscheidung von Unternehmen und Unternehmer die Besteuerungsbereiche der Unternehmen — bei den Kapitalgesellschaften — und der natürlichen Personen trennt, wird inzwischen deutlich, dass die steuersystematische Integration dieser beiden Bereiche nicht gelungen ist⁵, Rechtsformneutralität ist nicht gegeben.

Vertrauen braucht langfristig auch der Euro. Inzwischen wird der Stabilitäts- und Wachstumspakt, der die gemeinsame europäische Währung gegen eine exzessive Verschuldenspolitik der Nationalstaaten schützen soll, von der Politik aufgeweicht.

Beim Föderalismus sind Veränderungen notwendig. Der distributive Föderalismus muss in Richtung eines Wettbewerbsföderalismus entwickelt werden, bei dem neue Lösungen dezentral entwickelt werden können.

10. Beim Gütermarkt sind Regulierungen aufzuheben, die in unnötiger Weise Markteintrittsbarrieren errichten, den Wettbewerb ausschalten, Hemmnisse für Investitionen und Innovationen darstellen und die Dinge verkomplizieren (Genehmigungsverfahren für neue Produkte).

⁵ Dies wird deutlich, wenn die mit dem niedrigeren Steuersatz belegten wiederinvestierten Gewinne aus dem Unternehmensbereich in den Bereich der persönlichen Besteuerung übergehen.

Insgesamt sind unsere Entscheidungsstrukturen auf die herkömmliche Produktion abgestellt, mit technologischen Neuerungen, die oft nur marginale Verbesserungen („Vertüchtigungen“) bringen, aber keinen technologischen Sprung beinhalten. Sie passen nicht mehr so recht in einer Welt, die sich schnell verändert, in der die Produktzyklen kürzer werden, in der die Unternehmen speditiv auf internationale Veränderungen reagieren müssen. Die Regeln für die Entscheidungsstrukturen sind zu überdenken.

11. Soweit die Vorschläge. Wie sind die Vorschläge umzusetzen?

Im Grunde braucht das Land einen institutionellen Big bang. Wie Polen bei der Transformation. Aber wo ist der Big banger? Es sieht so aus, dass der staatsmännische Mut fehlt. Wer bange ist, macht keinen Bang.

12. Die Durchsetzung einer umfassenden Reform braucht eine Reihe von Bedingungen: Was braucht man?

— Eine Konzeption, das heißt eine klare Richtung, in die man will, mit klaren Zielen, mit den Instrumenten, die man zur Zielerreichung einsetzen will, und einer nüchternen Analyse. Diese Konzeption ist schlichtweg nicht da.

— Einen Staatsmann, der eine Konzeption hat, von der er überzeugt ist, und auf die er setzt, auch wenn es Stimmen kostet, ganz im Sinne

Churchills: The politician thinks of the next election, the statesman considers the next generation.⁶

— Eine Bereitschaft der Bevölkerung, umfassende Reformen zu akzeptieren. Siehe den Winter of discontent 1979 in Großbritannien, als Streiks die allgemeinen Lebensumstände bestimmten. Es muss das vorherrschen, was ich im Kobra Effekt als Dostojewskij-Minimum bezeichnet habe: Jeder ist so schlecht dran, dass es bei einem wirtschaftspolitischen Eingriff keinem schlechter gehen kann, ohne dass es wenigstens einem besser geht.

13. Diskutiert man mit Bundestagsabgeordneten, so weisen sie auf das aus ihrer Sicht bestehende politische Risiko der Reformen hin, das Risiko, nicht wieder gewählt zu werden. Und deshalb zaudert der Politiker. Deshalb haben die Parteien bei der letzten Bundestagswahl beim Wähler nicht um ein Mandat für die Innovation geworben. Eine zentrale Frage ist daher, wie das politische Risiko reduziert werden kann. Anders gefragt: Wie die Zustimmung der Bevölkerung verbessert werden kann.

14. Nun wäre alles leichter, wenn es bei der Reform eine Win-win Situation gäbe, bei der nicht nur das Land insgesamt gewinnt, sondern alle

⁶ Erleichtert werden Reformen durch klare Mehrheiten wie in Großbritannien.

Gruppen Vorteile haben. Ich sehe diese Win-win Situation nicht. Es geht deshalb nicht anders als durch Umorientierung.⁷

Anstatt Win-Win: Die Anpassungsnotwendigkeit ist beachtlich. Vielleicht hat man davon eine andere Sicht, wenn man am Institut für Weltwirtschaft tätig ist und den Vergleich mit anderen Ländern hat.

Und wir wissen noch etwas: Und wenn man nichts tut, so wird sich die Lage weiter verschlechtern.

15. Eine Besonderheit ist, dass die drei Zielverfehlungen sich gegenseitig bedingen, es ist ein Problemknäuel, ein *circulus vitiosus*. Man kann das eine Problem nicht ohne das andere lösen. Um die Arbeitslosigkeit zu verringern, ist an der Finanzierung der Sozialsicherung und ihren Leistungen anzusetzen, denn diese Finanzierung wirkt wie eine Steuer auf den Faktor Arbeit. Und um die Sozialsicherung wieder finanzierbar zu machen, braucht man auch eine bessere Beschäftigungssituation. Hohe Arbeitslosigkeit bedeutet Nicht- Auslastung der Produktionsfaktoren, also ein geringeres Wachstumspotential. Und ein geringes Wachstum heißt eher: keine neuen Arbeitsplätze. In diesem Knäuel kann man nur einige wenige Probleme chirurgisch heraus-isolieren und isoliert angehen. Dass die Probleme in einer allumfassenden Reform gleichzeitig anzugehen sind,

⁷ Es gibt keine doppelte Dividende, wie bei man der Ökosteuer glaubte, nämlich sowohl einen Nutzengewinn bei der Finanzierung der Rente als auch eine Verbesserung der Umwelt ohne negative Produktionseffekte.

erhöht den politischen Widerstand der Bevölkerung und der Interessengruppen.

16. Obwohl eine umfassende Reform notwendig ist, lohnt es sich darüber nachzudenken, ob man in Schritten vorgehen kann, um um den Status quo herumzukommen. Auch wenn es knifflig ist, eine Kartoffel nach der anderen zu schälen, kann man es versuchen.

Gütermarktregulierungen sind leichter zu verändern als Arbeitsmarktregulierungen, der Kündigungsschutz eher als das Tarifikartell und die Hochschulen.

Ein möglicher Weg könnte sein: Lasst Pilotprojekte, Ausnahmeregelungen sprechen: Man darf zeitlich befristet, räumlich begrenzt, auf einzelne Gruppen bezogen, oder auf Sondertatbestände gerichtet von Regeln abweichen.

Ein Bundesland darf mit Zustimmung seines Parlaments Gesetze außer Kraft setzen, vielleicht zeitlich befristet. In Ostdeutschland müssen nicht die gleichen Regeln gelten wie in Westdeutschland. Bundesländer erhalten eine Experimentierklausel für die Sozialhilfe, für das Tarifvertragsrecht und das Betriebsverfassungsgesetz, sie dürfen die Ladenschlusszeiten, die Beamtenbesoldung und ihre Hochschulen anders organisieren.

Der Bund darf arbeitsrechtliche Regelungen für neu gegründete Unternehmen (befristet auf x Jahre) aussetzen, für arbeitsfähige

Sozialhilfeempfänger gelten andere Regeln als für kranke und alte, für junge arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger gelten andere Verpflichtungen als für alte, der Kündigungsschutz für kleine Betriebe wird gelockert, für Arbeitslose, für ältere Arbeitnehmer.

Letztlich wird Deutschland dann ein Patchwork von partiellen Sonderwirtschaftszonen.

17. Der Ansatzpunkt dieser Strategie ist, den bestehenden Schutz zu belassen, aber für neue Kontrakte mehr Flexibilität einzufordern. Wer von den beschäftigten Arbeitnehmern einen Schutz hat, der behält ihn. Aber bei Neueinstellungen gelten andere Regeln. Damit sind die Altsassen geschützt, sie werden dann auch weniger Widerstand leisten. Die neu ihre Tätigkeit aufnehmen (Betriebe, Arbeitnehmer) haben Vorteile von der größeren Flexibilität.

18. Eine solche Strategie des piece meal ist mit drei Risiken befrachtet:

Sie braucht einen langen Atem, wie bei Deng Xiaoping, sonst versandet sie, und sie braucht eine klare Vision darüber, was zu tun ist.

Die Reformschritte können bei dieser Teilattacke gegen den Status quo zu schwach ausfallen, da der Status quo wie bei den PSA's die Veränderungen abwehrt. Es ist nicht auszuschließen, dass die Situation

sich sogar verschlechtert: Zurückdrängung der nicht subventionierten privaten Zeitarbeitsvermittler (350 000 im Jahresdurchschnitt) zugunsten von staatlichen subventionierten PSA's (50 0000).

Es stellt sich ein Dickicht von Regulierungen, ein Wirrwarr, in dem sich am Ende niemand mehr auskennt, mit immensen Transaktionskosten, also Ineffizienzen. Auch das kann eine Überregulierung sein.

Ich befürchte, dass bei einem solchen Ansatz letzten Endes nichts herauskommt. Wir brauchen also den Big Bang.

19. Was kann die wirtschaftspolitische Beratung leisten? Sie kann im Max Weber'schen Sinn dicke Bretter bohren, kann Daten vorlegen, mit denen Vorurteile korrigiert werden, wie den Kieler Subventionsbericht, oder die Zahl der offenen und verdeckten Arbeitslosen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, oder die Beschreibung des schubweisen Anstiegs der Arbeitslosigkeit, oder eine Analyse der Frage, wie die deutsche Volkswirtschaft auf externe Schocks reagiert. Die Beratung kann Probleme vor-denken, sie kann Fehlentwicklungen benennen und damit zu verhindern suchen, dass sie einsetzen, und sie kann Konzeptionen vorlegen. Die haben allerdings die geringste Chance, angenommen zu werden.

Durch die Beratung kann ein Beitrag geleistet werden, die Reformbereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen.

20. Benchmarking kann Informationen darüber bereitstellen, dass es anderswo auch anders geht. Dass die Welt nicht zu Grunde gerichtet wird, wenn Läden länger als 20 Uhr auf haben dürfen. Wenn Löhne auf den Märkten bestimmt werden. Wenn es keine Bündnisse für Arbeit gibt.

Nicht alles wird man übernehmen können, vor allem kann man nicht einzelne Maßnahmen isoliert herausgreifen. Jedes Instrument steht in einem eigenen Gesamtkontext; es kann dann völlig anders wirken. Manches ist im Ausland auch schlimmer als bei uns, so der Mindestlohn in Frankreich.

Benchmarking und best practice stellen im übrigen nur darauf ab, dass man nicht schlechter ist als andere. Wir müssen aber besser sein.

21. Ein Fragezeichen setzte ich bei der Rolle der Presse im Kontext der Reform. Die Presse tut sich schwer, die langfristigen Interdependenzen herauszuarbeiten. Die geben keine Schlagzeilen. Aktualität dominiert, wie die Flut. Allzu leicht lassen sich die Medien wegen ihrer Aktualität und Kurzfristigkeit auch implizit instrumentalisieren, so wie bei der Flut.

Was passiert eigentlich, wenn eine ganze Gesellschaft einer verfehlten wirtschaftspolitischen Vorstellung anhängt, und wenn die Medien diese schiefe Bahn nicht so recht merken?

Man kann sich dann mit Molière trösten: Die kürzesten Irrtümer sind immer die besten.

Noch schöner ist ein Zitat von Erich Kästner, und damit möchte ich schließen:

Irrtümer haben ihren Wert,
jedoch nur hier und da
nicht jeder der nach Indien fährt
entdeckt Amerika.

Literatur

Feldstein, M. und Siebert, H. (2002), Hrsg.. Social Security Pension Reform in Europe, A National Bureau of Economic Research Conference Report, University of Chicago Press, Chicago and London.

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. (2002). Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum. Jahresgutachten 2002/2003. Metzler-Poeschel, Stuttgart.

Siebert, H., (2002). Der Kobra-Effekt. Wie man Irrwege der Wirtschaftspolitik vermeidet. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart München. Aktualisierte und vollständig überarbeitete Neuauflage.

Siebert, H., (2003). Die Politik in die Pflicht nehmen! Kolumne im Handelsblatt, 10. Januar 2003.

Siebert, H., (2003). Reform-Notwendigkeiten der Alters- und Gesundheitsvorsorge. Zwölf Thesen. Kieler Arbeitspapier 1147. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.